

# Wirtschaftsverbände greifen AKB direkt an

Gewerbeverband und Handelskammer fordern die Rücknahme der neuen Kreditregeln und eine Vertretung im Bankrat der Kantonalbank.

Fabian Högler

Die Aargauische Kantonalbank vergibt keine Kredite mehr an Unternehmen, die neue Atomkraftwerke bauen, fossile Rohstoffe fördern, oder Gentechnik-Forschung betreiben wollen. Zudem schränkt die AKB die Kreditvergabe für Casinos, Spirituosenhersteller, Tabakhändler und weitere Branchen ein (AZ vom Samstag).

Logistikunternehmer Hans-Jörg Bertschi aus Dürrenäsch, der auch Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ist, fragte danach auf Twitter, warum sich die AKB nach den Forderungen der Grünen und nicht nach den Kriterien der Schweizerischen Nationalbank richte. Peter Gehler, Verwaltungsrat des Pharma-Zulieferers Siegfried in Zofingen und ebenfalls Vizepräsident der Handelskammer, legte nach: «Ein staatliches Institut sollte sich hüten, Politik zu machen und die Welt in gut und böse einzuteilen. Die AKB handelt entweder naiv oder fahrlässig.»

Bertschi und Gehler sind zwei gewichtige Stimmen der Aargauer Wirtschaft. Doch am Sonntagabend folgte eine weit aus stärkere Reaktion: Handelskammer und Gewerbeverband verschickten eine gemeinsame Mitteilung, in der sie vom Regierungsrat «den sofortigen Rückzug der neuen Kreditvergabe-Kriterien der AKB» fordern.

## Wirtschaftsverbände: AKB schliesst Unternehmen aus

Mit den neuen Richtlinien würden einseitig gewisse Unternehmen von Krediten ausgeschlossen, schreiben die beiden Wirtschaftsverbände. Und sie halten fest: «Ein solches politisches Handeln einer Staatsbank ist nicht angebracht und daher zu unterbinden». Soweit die Kre-



Spaltung? Vor drei Jahren nahm Hans-Jörg Bertschi (rechts), Logistikunternehmer und Vizepräsident der Handelskammer, den Aargauer Unternehmenspreis von AKB-Chef Dieter Widmer entgegen – nun kritisiert Bertschi die Kantonalbank scharf. Bild: Chris Iseli / Montage: Pat

ditvergaben bereits verbotene Geschäfte (z. B. Pornografie) betreffen, bringen die Kriterien aus Sicht der Wirtschaftsverbände nichts Neues und seien lediglich als Marketing-Massnahme zu betrachten. Den Ausschluss von Schnapsproduzenten, Tabakhändlern und Casinos erachten AGV und AIHK als «unzulässig und wirtschaftsfeindlich und somit schädlich für den Arbeits- und Steuerplatz Aargau».

Aus Sicht der Verbände ist insbesondere der Stopp der Kreditvergabe an Kernenergieanlagen stossend. «Dies im Energiekanton Aargau, wo die Volkswirtschaft seit Jahren und auch

inskünftig von der Kernkraft profitiert. Zudem ist der Kanton direkt sowie über die AEW an der Axpo beteiligt und damit auch Miteigentümerin von Kernkraftwerken», halten die Wirtschaftsverbände fest.

Die neue Strategie werde die Bank vielleicht vom politischen Druck bezüglich nachhaltigem Wirtschaften entlasten, «doch den Kanton insgesamt hinsichtlich der künftigen nationalen Energiepolitik massiv schwächen», prophezeien sie. Auch der Ausschluss der Finanzierung von gewissen Branchen «sei eine einseitige Positionierung, die politisch nicht abgestützt

und für eine Staatsbank höchst fragwürdig ist», schreiben die Verbände. Die AKB sei eine Bank mit Staatsgarantie und dürfe keine Branchen bevorzugen oder benachteiligen.

## Wirtschaft verlangt Einsitz im AKB-Bankrat

Das Staatsinstitut habe den gesetzlichen Auftrag, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, schreiben die Verbände und kritisieren den Bankrat, das strategische Führungsgremium der AKB. Mit einseitig einschränkenden Kreditvergabe-Richtlinien berücksichtige der Bankrat lediglich die

Anliegen eines Teils der Bevölkerung und der Unternehmen. «Offensichtlich ist die Mehrheit der Mitglieder im Bankrat mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten im Kanton nicht vertraut und verfügt nicht über ein ausreichendes Sensorium für die politischen Zusammenhänge», schreiben Gewerbeverband und Handelskammer.

Deshalb wollen die beiden Verbände, dass der Regierungsrat eingreift. Dieser wird in der Mitteilung aufgefordert, «ein Moratorium der neuen Kreditvergabe-Kriterien anzuordnen». Zudem soll die Regierung die Vergabe der beiden frei werden-

den Bankratssitze sistieren und eine permanente Vertretung der Aargauer Wirtschaft im Bankrat sicherstellen. Im strategischen Führungsgremium der Kantonalbank werden auf Januar 2023 zwei Sitze frei, zudem ist das Präsidium neu zu besetzen. Am 20. November 2021 wurden die Stellen per Inserat ausgeschrieben, die Eingabefrist für Bewerbungen endete gemäss Ausschreibung am 6. Dezember.

## AKB: Im Einklang mit Eigentümerstrategie

Längerfristig ist für Gewerbeverband und Handelskammer klar: «Die Kreditveraberegelungen müssen überarbeitet werden, wobei der Eigentümer (Regierungsrat und Grosser Rat) diese strategische Frage im Rahmen der Eigentümerstrategie wird beantworten müssen.» AKB-Sprecherin Christine Honegger hatte bereits am Freitag gesagt: «Unser Engagement steht im Einklang mit der Eigentümerstrategie unseres Kantons.»

Darin heisst es, das Thema Nachhaltigkeit erhalte in der Bevölkerung, insbesondere im Klimabereich, einen steigenden Stellenwert. Und weiter: «Die Bank orientiert sich nach den ganzheitlichen ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) sowohl als Unternehmen wie auch im Dienstleistungs- und Produkteangebot. Der Eigentümer unterstützt diese konsequente Ausrichtung.»

In einer Auflistung der Ziele der Kantonalbank gemäss Verfassung und AKB-Gesetz wird die Nachhaltigkeit ebenfalls aufgeführt. Demnach muss die Bank ihre Zielsetzungen in diesem Bereich jährlich definieren und darüber Bericht erstatten. Als Thema bei den regelmässigen Eigentümergesprächen ist Nachhaltigkeit bisher hingegen nicht aufgeführt.